

Unter der Lupe : das Energiepapier der CVP

Autor(en): **Paschotta, Rüdiger**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2005)**

Heft 1: **Biogas vom Bauernhof : saubere Energie aus Mist und Gülle**

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586249>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

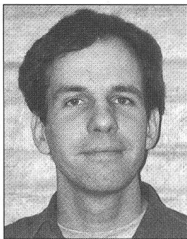
Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Unter der Lupe: das Energiepapier der CVP

Schöne Ziele, aber halbherzige bis rückschrittliche Positionen – so erscheint die Energiepolitik der CVP angesichts ihres Energiepapiers vom Herbst 2004.



Le parti suisse!



Von Dr. Rüdiger Paschotta,
Physiker an der ETH Zürich

Über die Ziele der Energiepolitik muss man sich mit der CVP wahrlich nicht streiten. Gegen eine langfristige Sicherstellung unserer Energieversorgung und der Versorgungssicherheit hat man auch in den Reihen der Schweizerischen Energiestiftung genauso wenig einzuwenden wie gegen Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien. Angesichts der vertrauten Eigenschaft von Parteiprogrammen, alles Schöne energisch zu wünschen, nur dann eben bei den Massnahmen zu kneifen, ist es allerdings angebracht, sich die praktischen Forderungen etwas genauer anzusehen. Dies soll im folgenden mit dem CVP-Energiepapier vom 20.9.2004 und der Vernehmlassungsantwort vom 18.1.2005 zu den vier Varianten des Bundesrats zur CO₂-Reduktion geschehen. Um es vorweg zu nehmen: An schönen Worten fehlt es nicht, aber in wesentlichen Punkten enthält sich die CVP teils wortreich der Stimme, teils bremsst sie sogar die Entwicklung hin zu einer verantwortbaren Energiepolitik.

Elektrizitätsmarkt

Was Elektrizität anbelangt, gibt es keine klare CVP-Position. Die geforderten «Eckwerte» (eigentlich Grundsätze) können kaum strittig sein: «Nur soviel Regulierung wie nötig» (mehr will die SES auch nicht!), garantierte Versorgungssicherheit, langfristige Kapazitätsplanung, Transparenz bei den Stromrechnungen etc. Immerhin fordert man eine Regulierungsbehörde, welche die als Folge der Ablehnung des Elektrizitätsmarktgesetzes (EMG) drohende «wilde Liberalisierung» bündigt. Nur: Wie soll eine «nationale Netzgesellschaft als unabhängige Betreiberin des Übertragungsnetzes» gebildet werden «durch die Eigentümer der schweizerischen Übertragungsleitungen», wo doch letztere nun einmal weitgehend selbst Stromproduzenten sind?

Mehr Energieeffizienz

Gefordert wird mehr Energieeffizienz vor allem im Bereich der Gebäudeheizungen. Es trifft zu, dass die Schweiz jährlich Milliarden von Franken an Heizkosten sparen könnte, wenn alle Gebäude nach Minergie-Standard saniert würden. «Die Bemühungen von EnergieSchweiz in diesem Bereich sind weiter zu führen.» Und in anderen Bereichen? Leider wurde «vergessen» anzumerken, dass führende Exponenten der CVP noch im 2003 bei der drastischen Kürzung des Budgets von EnergieSchweiz mitgewirkt ha-

ben. Dies nun damit zu kompensieren, dass man EnergieSchweiz Forderungen ins Stammbuch schreibt, die schon darin stehen und auch längst umgesetzt werden (z. B. Überwachung der Förderungseffizienz), ist nicht gerade ein Ausweis für besondere Glaubwürdigkeit.

Neue Kernkraftwerke?

Zur Frage neuer AKW hält man sich eher bedeckt. Die Diskussion darüber hält man für «verfrüht», und man möchte alle Optionen offen halten. Um sich nicht festlegen zu müssen, verlangt man einen Bericht über Alternativen zu einem neuen AKW vom Bundesrat – so wird man die Frage für einige Zeit vom Tisch haben. Dass schliesslich der «bestmögliche Standort» für ein Endlager gefunden werden muss, ist ein Gemeinplatz; völlig offen bleibt, ob dieser nun in der Schweiz oder «mittels internationaler Kooperation» gefunden werden soll.

CO₂-/Klimaproblematik

Hier kommt es nun dick. Nur gänzlich uninformierte Leser werden die Forderung nach einer «sofortigen Einführung des Klimarappens auf Treibstoffen und [...] einer CO₂-Abgabe auf Brennstoffen» als ein Einstehen für den Klimaschutz interpretieren. Was der Klimarappen in Wirklichkeit ist, wurde z. B. im «E&U» Nr. 3/2004 schon ausführlich gezeigt: eine Scheinlösung zwecks Verzögerung wirksamer Massnahmen, um die Interessen der Erdölimporteure und Grossverbraucher zu wahren. Immerhin machte die CVP in ihrer Vernehmlassungsantwort vom 18.1.2005 einen bedeutenden Fortschritt: Man müsse den Klimarappen mehrheitlich für Massnahmen innerhalb der Schweiz einsetzen, anstatt vor allem für auslän-

dische Emissionszertifikate. Damit wurde in der Tat ein Knackpunkt getroffen – und es fällt das Konzept des Klimarappens völlig auseinander: Nur weil der Einkauf ausländischer Emissionszertifikate auf dem Papier so viel effizienter ist (gerechnet in Franken pro Tonne CO₂), kann der Klimarappen mit relativ wenig Geld auskommen. Beides zusammen kann man aber eben nicht bekommen: die volle Klimawirksamkeit der CO₂-Abgabe mit volkswirtschaftlichem Nutzen im Inland, aber dies zum Preis ausländischer Emissionszertifikate.

Kneifen bei der Umsetzung

Die CVP möchte also beste Resultate – und natürlich das Lob für fromme Wünsche –, einzig bei der Umsetzung kneift sie, denn in erster Linie soll alles ganz billig sein. Deswegen beschwört sie ein weiteres Mal die Bedeutung freiwilliger Massnahmen, deren Wirksamkeit längst als zu gering erkannt ist. Warum sie nun ausgerechnet im Treibstoffbereich, wo die Ziellücke ja am grössten ist, die CO₂-Abgabe als einzig wirksame Massnahme ablehnt, versäumt sie nicht zu erklären: weil das Autofahren dann teurer würde, was die ländlichen Regionen angeblich so übermässig belasten würde, dass hier der Klimaschutz als enorm hohes, aber eben doch untergeordnetes Ziel zurückstehen muss. Bedauernd stellt man fest, dass die zunehmende Effizienz der Autos durch deren zunehmende Benutzung mehr als zunichte gemacht wird, aber die marktwirtschaftliche Problemlösung kommt doch nicht in Frage. Man fordert stattdessen umso lauter «marktgerechte Preise» – das klingt ja auch so ähnlich (immerhin nach «Markt»).

Wenigstens bei den Brennstoffen soll nun also die CO₂-Abgabe her... allerdings nur vielleicht irgendwann einmal, «idealer Weise zeitlich mit der EU zu koordinieren», und natürlich nicht ohne noch weitere Jahre in unbestimmter Zahl mit freiwilligen Massnahmen zu verbummeln. Und da z. B. Deutschland mit beachtlichem Erfolg auf die Ökosteuern setzt und deswegen wohl kaum bald noch eine CO₂-Abgabe einführen wird, wird die ideale Koordination mit der EU wohl leider nie zustande kommen. Die CO₂-Abgabe jetzt, also nach der deutschen Ökosteuern einzuführen, scheitert wahrscheinlich auch an der nicht mehr idealen Koordination...

Ökologische Steuerreform

Nach diesen Tiefschlägen liest man fast erstaunt, dass eine ökologische Steuerreform anzustreben sei. Also doch marktwirtschaftliche Instrumente! Zumindest werden Bundesrat und Parlament aufgefordert, entsprechende Vorschläge wieder aufs Tapet zu bringen. Abzuwarten bleibt, ob CVP-Parlamentarier hierbei in Erscheinung treten werden, oder ob sie gar das gleiche Spiel wie bei der CO₂-Abgabe spielen werden. Gleiches gilt für die sehr zu begrüssende Forderung, die sinnlose Steuerbefreiung des Flugtreibstoffs auf internationalen Flügen aufzuheben.

Ein einsamer Rufer

Es gibt auch andere Stimmen: etwa die von Michele Mossi, Präsident der CVP Waadt. Seine auf der CVP-Website einsehbare «Kolumne: Eine ambitionöse Umweltpolitik» spricht eine andere Sprache als das offizielle Energiepapier: «Wir können nicht mehr abwarten oder uns mit homöopathischen Massnahmen begnügen. Wir müssen eine umfassende Strategie erarbeiten [...], welche die Schweiz zu einem internationalen Leader bezüglich Umweltschutz und Förderung einer nachhaltigen Entwicklung macht.» Soweit könnte man noch die bekannte Masche vermuten: Leader wollen wir sein, aber nicht wirklich etwas dafür tun, denn das kostet ja womöglich etwas. Aber Mossi fordert dann wirklich Massnahmen: Lenkungsabgaben (also wohl die CO₂-Abgabe, eine höhere Mineralölsteuer u. ä., sicher nicht den Klimarappen), ein preiswertes Generalabonnement für die öffentlichen Verkehrsmittel, Minergie als Standard für neue Gebäude und noch einiges mehr.

Mossi scheint es also ernst zu meinen und mit der jetzigen CVP-Position sehr unzufrieden zu sein. Das Problem benennt er so: Die Bevölkerung müsse erst von der Notwendigkeit eines entschiedenen Handelns überzeugt werden. Anfangen müsste man aber offenkundig bei der CVP-Führung. Hier wünscht die SES Herrn Mossi von Herzen viel Erfolg, damit die CVP aus der Bremserrolle (insbesondere bzgl. CO₂) herausfindet in eine verantwortbare Energiepolitik mit nicht nur schönen Wünschen, sondern auch entsprechenden Taten.

AKTUELL

CO₂-Abgabe jetzt!



Kyoto ist in Kraft und die Schweiz ist weit davon entfernt, die Reduktionsziele des CO₂-Gesetzes zu erreichen. Von

1990–2003 ist der CO₂-Ausstoss gestiegen, obschon bis 2010 eine gesetzliche Reduktion um zehn Prozent erreicht werden muss. Es ist klar, dass freiwillige Massnahmen alleine nicht greifen. Ohne zusätzliche Massnahmen werden die Emissionen – insbesondere im Verkehrssektor – weiter ansteigen. Nur wenn Industrieländer ihre Treibhausgasemissionen bis 2050 um 60–80 Prozent gegenüber 1990 senken, kann die globale Erwärmung auf 2° C beschränkt werden. Die CO₂-Abgabe ist längst fällig!

Momentan liegt der Ball beim Bundesrat. Die Allianz für eine CO₂-Abgabe, zu welcher auch die SES gehört, hat dem Bundesrat am 18. Januar 2005 eine gemeinsame Erklärung übergeben. Unter der Führung des VCS legen wir jetzt mit einer gemeinsamen SMS-Aktion nach, um den Druck auf den Bundesrat weiter zu erhöhen.

Schicken sie ein SMS mit dem Vermerk **KLIMA JA** an die Nummer **9234**. Und erzählen sie es weiter!!!

A+/A++Kühlschränke statt AKW-Kühltürme

Kategorie	Gesamtkosten*		Einsparung
	Klasse B	Klasse A+	
Gefrierschrank	2386.–	1574.–	- 812.–
Kühlschrank	2808.–	2210.–	- 598.–

*Gesamtkosten in Franken:
Bruttoverkaufspreis + Stromkosten in 15 Jahren

Eine vorsichtige Schätzung der Schweizerischen Agentur für Energieeffizienz (S.A.F.E.) kommt zum Ergebnis, dass der Stromverbrauch der Schweiz ab 2020 um 1 Milliarde kWh tiefer liegt, wenn im Rahmen des normalen Ersatzzyklus Kühlschränke, Kühl- und Gefrierkombinationen sowie Tiefkühler bis 2020 konsequent durch Geräte der Effizienzklasse A+ ersetzt werden. Das ist mehr als 1/3 der Jahresproduktion des AKW Mühleberg. Die Einsparungen bei den Stromkosten erreichen ab 2020 rund 200 Mio. Franken pro Jahr. Die stromsparendsten Kühl- und Gefriergeräte finden Sie unter www.topten.ch.